

„Bundeskongress SGB II – Impulse geben mehr bewegen“ – Forum B 9 Integrationsstrategien für Jugendliche

Thesen von Tina Hofmann, Paritätischer Gesamtverband e. V.

Bei zurückgehender Jugendarbeitslosigkeit bleibt das SGB II Sammelbecken für Jugendliche mit eher längerer Dauer der Arbeitslosigkeit und schlechten Bildungsvoraussetzungen: So sind $\frac{1}{4}$ der arbeitslosen Jugendlichen im Rechtskreis SGB II ohne Schulabschluss, zwei Drittel haben keinen Berufsabschluss.

Plädoyer für eine Qualifizierungsoffensive zugunsten von Jugendlichen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband spricht sich dafür aus, dass gerade diese Jugendlichen qualifiziert und ihre Ausbildungschancen verbessert werden. Jugendliche, die nicht über die nötige Ausbildungsreife verfügen, sollten für eine Ausbildung vorbereitet werden. Bei einem Teil der Jugendlichen wird es sogar notwendig sein, sie so zu unterstützen, dass sie nachträglich einen Schulabschluss erwerben können.

Unter rein arbeitsmarktpolitischer Betrachtung lohnt sich diese Investition in Ausbildung, weil die Arbeitsmarktchancen nachhaltiger gestaltet werden. Ansonsten gelangen diese Jugendlichen aller Voraussicht nach lediglich in prekäre Beschäftigung und bleibt die Grundsicherung vielleicht jahrelang sie zuständig. Gesellschaftspolitisch geht es um die Lebens- und Teilhabechancen der nachwachsenden Generation.

Integrationsziele an der Qualifizierung und Ausbildung der Jugendlichen ausrichten

Qualifizierungs- und Ausbildungsziele müssen sich in der konkreten Integrationsarbeit der Fallmanager und persönlichen Ansprechpartner niederschlagen. Dabei müssen u.a. diese Fragen geklärt werden: Wieweit motiviert der/die FallmanagerIn die Jugendlichen für eine Ausbildung? Werden Eltern angesprochen, um ihre Jugendlichen bei einem Ausbildungsziel zu unterstützen? Werden Träger in ihren Erfolgsquoten lediglich daran gemessen, wie viele Jugendliche in Arbeit integriert werden?

Neue Gewichtung der Eingliederungsleistungen nötig

Die Vorfahrt für Ausbildung und Qualifizierung von Jugendlichen muss sich in einer entsprechenden Gewichtung von Eingliederungsleistungen niederschlagen. Es gibt seit einigen Monaten einen positiven bundesweiten Trend Ausrichtung der Eingliederungsleistungen für Jugendliche im Rechtskreis SGB II. Die ARGEN und Optionskommunen haben berufsvorbereitende und berufsqualifizierende Angebote ausgebaut und andere Förderleistungen, wie insbesondere Vermittlungstätigkeiten bei Dritten und Arbeitsgelegenheiten, zurückgefahren. Diesen Trend gilt es auch in Zukunft fortzusetzen.

Integrationsstrategien längerfristig ausrichten

Ehrgeizige Ausbildungs- und Qualifizierungsziele brauchen - zumal bei der Zielgruppe der bildungsschwachen und teils schlecht motivierten Jugendlichen - einen langen Atem. Deshalb sind längerfristige Integrationsstrategien wichtig. Hierfür muss die Dauer von Eingliederungsleistungen angepasst werden. Übergänge zwischen Eingliederungsleistungen und Phasen der Betreuung sollten besser aufeinander abgestimmt werden.

Das SGB II als letztes Auffangnetz muss „drop outs“ verhindern helfen

Aus der praktischen Arbeit unserer Einrichtungen, aus den ARGEN und Optionskommunen ist immer häufiger zu hören, dass sich Jugendliche wegducken und von den Fördermaßnahmen nicht (mehr) erreicht werden. Das muss soweit wie möglich verhindert werden. Dafür ist es wichtig, Eingliederungsleistungen zugänglich und motivierend zu gestalten. Dies ist im Kern eine pädagogische Aufgabe. Arbeitsgelegenheiten können beispielsweise zugänglicher für Jugendliche gestaltet werden, indem die Tätigkeiten im Lebensumfeld der Jugendlichen, z. B. im Jugendcafé des Stadtteiltreffs, angesiedelt werden. Motivierende Arbeit mit Jugendlichen bedeutet auch, ihnen Erfolgserlebnisse zu verschaffen. Jugendliche dürfen nicht aus der Pflicht entlassen werden, etwas zu tun, um ihre Hilfebedürftigkeit zu überwinden, sollen aber mitentscheiden über das, was sie tun.

Kontaktdichte erhöhen und individuelle Betreuung intensivieren

Damit Jugendliche berufliche Ziele und Motivation für eine Ausbildung gewinnen können, müssen häufig zunächst individuelle soziale Probleme und Belastungen ausgeräumt werden (z. B. Schulden, Stress in der Familie). Dies kann häufig nur mit intensiver sozialpädagogischer Betreuung geleistet werden. Diese anspruchsvolle Aufgabe kann nicht alleine von den

MitarbeiterInnen in den ARGEn und Optionskommunen bewältigt werden. Eine individuelle und intensive Begleitung ist häufig erst durch die Mitarbeit freier Träger der Jugendsozialarbeit und einer Kooperation mit Fachkräften, die im Auftrag des Jugendamts tätig werden, möglich.

Kooperation mit der Jugendhilfe und Netzwerkarbeit ausbauen

Die Kooperation im Netzwerk ist ein Leitthema dieses Bundeskongresses. Aus der Jugendlperspektive ist es eine der wichtigsten Herausforderungen, bessere Netzwerke am Übergang Schule-Beruf zu knüpfen. Denn die Träger der Grundsicherung dürfen nicht in die Rolle der Reparaturbetriebe gedrängt und dort alleine gelassen werden. Nötig ist v.a. ein Übergangmanagement, mit dem die vorhandenen Angebote und Instrumente in den jeweiligen Regionen gesteuert und koordiniert werden. Dies muss ergänzt werden um eine verbesserte Übergangsbegleitung, die den einzelnen Jugendlichen zugute kommt.

Knackpunkte sind Aufgaben und Rollenverständnis der Beteiligten sowie Ausschreibungen

In Netzwerken müssen alle Beteiligten ihre Aufgaben und ihr Rollenverständnis klären. Was sagen wir zum Rollenverständnis freier Träger in der Netzwerkarbeit SGB II? Wenn freie Träger z. B. in den Beiräten an der Umsetzung des SGB II mitwirken, müssen sie sich auch über eine fachkompetente Vertretung legitimieren. Sie sind gefordert, ihr anwaltschaftliches Profil zu schärfen. Sie brauchen außerdem Arbeits- und Kommunikationsstrukturen mit den Trägern, für die sie stellvertretend im Beirat mitwirken. Für die Träger der Grundsicherung muss im Gegenzug klar sein: Wer die Träger in großem Stil dazu bringt, sich in Ausschreibungen zu behaupten, zwingt kooperationsbereite Akteure im Netzwerk dazu, ihre Konkurrenzen zu schärfen. Deshalb gilt es Ausschreibungen, wenn überhaupt, so nur mit Augenmaß durchzuführen.

Berlin, Oktober 2007 Tina Hofmann